

Die „Londoner Erklärung“ von IGB und Global Unions

Veröffentlichung am 23. März

Vorgelegt anlässlich
des G8-Arbeitsministertreffens Ende März in Rom und
des G20-Finanzgipfels Anfang April in London

Deutsche Zusammenfassung in Stichworten:

Aktuelle Zustandsbeschreibung:

- Seit dem letzten G20-Treffen in Washington hat sich die wirtschaftliche Lage dramatisch verschlechtert, Welt-BSP schrumpft um 6 %.
- Krise ist mittlerweile auch in Entwicklungsländern angekommen. Die Millenniumziele der UNO sind in weite Ferne gerückt.
- Arbeitslosenzahlen der ILO (50 Millionen zusätzliche AL) erscheinen mittlerweile zu optimistisch, eine Zahl von 200 Millionen zusätzlicher AL erscheint realistisch.
- Die Zahl der Menschen, die weniger als 2 US-Dollar pro Tag verdienen, wird auf 1,4 Milliarden steigen. 60 % davon sind Frauen.
- Die schlimmste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression von 1930 weitet sich zu einer sozialen und politischen Krise aus.

Kein Weg zurück zu „business as usual“:

- Krise muss das Ende der ungezügelter Finanzmärkte bedeuten
- Wir brauchen einen neuen nationalen und internationalen Regulierungsrahmen, der die Finanzwirtschaft wieder in den Dienst der Realwirtschaft stellt.
- Wir brauchen ein neues wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das wirtschaftliche Effizienz mit sozialer und nachhaltiger Entwicklung kombiniert
- Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. G20 und andere Regierungen, zusammen mit internationalen Organisationen müssen dafür sorgen tragen, dass künftig soziale und umweltpolitische Aspekte der Weltwirtschaft gleiche Bedeutung gewinnen wie Handel und Finanzen.

Eine 5-Punkte-Strategie:

- Implementierung eines weltweiten Wiederaufbau-Plans, in dessen Zentrum der Aufbau von Arbeitsplätzen, eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, eine soziale Grundsicherung für die Ärmsten, hochwertige öffentliche Dienstleistungen und „grüne“ Investitionsprogramme stehen. Entwicklungsländer brauchen zusätzliche finanzielle Unterstützung und politischen Spielraum für eigenes Handeln..
- Bankrotte Banken müssen verstaatlicht werden, um das Vertrauen in den Finanzsektor wieder herzustellen. Ein neues Regularium für das Weltfinanzsystem unter Berücksichtigung aller stakeholder.

- Kampf gegen die wachsende ungerechte Einkommensverteilung und Lohndruck, Förderung von Tarifverhandlungen und einen menschenwürdigen Mindestlohn (decent floor).
- Ambitionierte Ziele für den weltweiten Klimaschutz anstreben, COP15 in Kopenhagen muss hier weitreichende Standards setzen.
- Ein neuer rechtlicher Rahmen für die internationalen Organisationen ILO, IMF, Weltbank, WTO und OECD und interne Reformen in diesen Institutionen, um deren Rolle in der Global Governance demokratischer und transparenter zu machen.

Weitere Forderungen (eine Auswahl)

- Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen eliminieren
- Investitionen in Humankapital – berufliche Qualifizierung
- Gleiche Rechte für Arbeitsmigranten

- Nahrungsmittelkrise in den armen Ländern bekämpfen
- Entwicklungshilfe nicht kürzen, Erreichung der Vorgabe von 0,7% des BSP
- Spielräume für expansive Haushaltspolitik auch in den Entwicklungsländern schaffen, keine unnötigen Auflagen von Fonds und Weltbank

- Doha-Handelsrunde abschließen
- Protektionismus verhindern

- Krisenmanagement demokratisieren, das Financial Stability Forum ist nicht legitimiert genug
- Öffentliche Kontrolle für alle Finanzinstitutionen, Produkte und Transaktionen
- Regulierung der Rating-Agenturen, Hedge-Fonds und Private Equity
- Kampf gegen Steueroasen
- Besserer Zugang der EL zu den Mitteln des IWF
- Eigenkapitalquote der privaten Banken erhöhen
- Kontrolle von Managergehältern und Boni
- Verbraucherschutz für Kreditnehmer

- Kampf gegen sinkende Löhne, Stärkung der Tarifpolitik, Einführung von Mindestlöhnen
- Ungerechte Einkommensverteilung bekämpfen
- Löhne niedriger besteuern, Kapital höher
- Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz verhindern

- G20-Prozess muss menschenwürdige Arbeit und Armutsbekämpfung stärker berücksichtigen – ist bisher zu stark am Finanzthema orientiert
- Wir brauchen eine neue Entscheidungsinstanz in der Weltwirtschafts- und finanzpolitik, guter Anhaltspunkt: die vorgeschlagene Charta für nachhaltiges Wirtschaften
- Dabei die Kernarbeitsnormen der ILO beachten und deren decent-work-agenda
- ILO muss integraler Bestandteil der neuen Governance-Struktur sein, einzige tripartite Institution
- Stärkere Präsenz der ärmeren Länder in den Internationalen Finanzinstitutionen